

Expedition Colombo der Bundesanwaltschaft

Für Einvernahmen im Verfahren gegen Tamil Tigers reist eine 15-köpfige Delegation für zehn Tage nach Sri Lanka

In einer grossangelegten Aktion wird Anfang September eine Gruppe aus Staatsanwälten des Bundes, Angehörigen der Bundeskriminalpolizei, Übersetzern sowie Anwälten der Verteidigung nach Sri Lanka fliegen. Dort sollen 26 Zeugen befragt werden.

Andreas Schmid

Im Verfahren gegen Angehörige des Schweizer Ablegers der Liberation Tigers of Tamil Eelam scheut die Bundesanwaltschaft keine Mühen. In der Schweiz werden derzeit 120 Zeugen und Auskunftspersonen zu den mutmasslich kriminellen Aktivitäten der Tamil Tigers befragt (siehe Kasten). Es geht um wissentlich und willentlich zweckentfremdete Gelder aus illegal beschafften Krediten. In 130 Fällen sollen zwischen jeweils 70 000 und 100 000 Franken für den Kampf der Tamil Tigers im Bürgerkrieg in Sri Lanka eingesetzt worden sein. Viele der Zeugen hat die Bundesanwaltschaft in den letzten Monaten einvernommen, rund 30 Befragungen stehen laut ihrer Sprecherin Jeannette Balmer noch aus.

Darüber hinaus wird eine mindestens 15-köpfige Delegation vom 3. bis

am 12. September in Colombo 26 Zeugen befragen. Nach Sri Lanka reisen je zwei Staatsanwälte des Bundes, zwei Übersetzer, Bundeskriminalpolizisten sowie etwa zehn Rechtsvertreter der Beschuldigten. Laut Balmer protokolliert jeweils ein Polizist die Einvernahmen. «Es werden zwei Befragungen gleichzeitig durchgeführt, um die Reise nicht unnötig zu verlängern und Kosten zu sparen.» Die Anwälte der Verteidigung könnten deshalb eine zusätzliche Person mitnehmen, um ihre Teilnahmerechte vollumfänglich zu wahren. Die Aktion kostet die Bundesanwaltschaft wohl einen sechsstelligen Betrag. Zu den detaillierten Ausgaben wollte sich Balmer jedoch nicht äussern, denn diese seien Teil der Verfahrensakten.

Die Expedition basiert auf einem bewilligten Rechtshilfesuch, das die Bundesanwaltschaft 2010 in Sri Lanka einreichte. Die Befragungen würden nach Schweizer Recht vorgenommen und das Bundesamt für Justiz stütze das Vorgehen, hält Balmer fest.

Folterverdacht

Marcel Bosonnet, einer der Anwälte der Beschuldigten, steht der Dienstreise nach Colombo kritisch gegenüber. Er weist darauf hin, dass 14 der 26 vorgesehenen Zeugen derzeit in Sri Lanka in-

haftiert seien. Gesamthaft hätten sogar 25 von ihnen einmal im Gefängnis gesessen. Es müsse aufgrund diverser Berichte von Uno- und Nichtregierungs-Organisationen davon ausgegangen werden, dass dort gefoltert werde. Aussagen, die unter Zwang erfolgten, seien aber gemäss der Antifolterkonvention der Uno nicht verwertbar, gibt Bosonnet zu bedenken. Deshalb trügen die Befragungen in Sri Lanka nicht zur Wahrheitsfindung bei. Die Verteidigung könne zudem keine Entlastungszeugen benennen, da diese in Sri Lanka als mutmassliche Sympathisanten der Tamil Tigers gefährdet wären.

Den Bedenken trage die Bundesanwaltschaft Rechnung, betont Balmer. Deshalb habe die leitende Staatsanwäl-

tin die Anwesenheit der Verteidiger ausdrücklich gewünscht. Diese hätten ein umfassendes Fragerecht und könnten sich an Ort und Stelle ein Bild der Situation der Einvernommenen machen. Die Zeugen würden bei der Befragung zur Person darauf angesprochen, ob sie im Gefängnis gefoltert worden seien.

Beweismittel infrage gestellt

Anfänglich erwog Bosonnet, nicht nach Colombo zu fliegen. Dass er und rund ein halbes Dutzend weiterer Anwälte von Beschuldigten nun doch mitreisen, liegt an der Möglichkeit zur Einflussnahme: «Wer nicht dabei ist, kann keine Fragen stellen», sagt Bosonnet.

Mehrjähriges Verfahren

asc. · Die Bundesanwaltschaft führt seit dem Frühling 2009 ein Strafverfahren gegen mehrere Tamilen in der Schweiz. Etwa einem Dutzend mutmasslicher Führungsleute der Liberation Tigers of Tamil Eelam, den Tamil Tigers, werden Delikte wie Geldwäscherei, Zugehörigkeit zu einer kriminellen Organisation, Drohung und Erpressung zur Last gelegt. Zu den Beschuldigten zählen auch der frühere Chef der Tamil Tigers in der Schweiz, der

Finanzchef und sein Sekretär. Nachdem die 2009 aufgenommenen Ermittlungen lange geruht hatten, wurden im Januar 2011 bei einer Razzia in verschiedenen Kantonen zehn Personen festgenommen und acht von ihnen in Untersuchungshaft gesetzt. Seit April des letzten Jahres sind alle wieder frei, doch das aufwendige Verfahren dauert an. «Der Abschluss ist für 2013 vorgesehen», sagt die Sprecherin der Bundesanwaltschaft.

Der parlierende Puschlaver

Livio Zanolari hat sechs Bundesräten als Sprecher gedient – Bilanz eines prinzipientreuen Kommunikators

In der Bundesverwaltung sind viele Kommunikationsleute tätig. Wenige haben sechs Bundesräte begleitet wie der Südbündner Livio Zanolari.

René Zeller

Wenn Medienschaffende in den letzten Jahren mit Christoph Blocher sprechen wollten, führte kein Weg an Livio Zanolari vorbei. Dieser blieb nach der Abwahl von Bundesrat Blocher vorerst auch unter der neuen Justizministerin Departementssprecher. Eveline Widmer-Schlumpf schickte Zanolari aber bald in die Wüste. Sie habe nicht mit jemandem zusammenarbeiten wollen, der weiterhin engen Kontakt zu ihrem Vorgänger pflege, begründete die Bündnerin später die «im gegenseitigen Einvernehmen» erfolgte Trennung.

Der im entlegenen Poschiavo aufgewachsene Zanolari, der einst als TV-Korrespondent für die italienische Schweiz in Bern gewirkt hatte, kehrte 2008 dem Bundeshaus den Rücken. Christoph Blocher blieb er treu. Fortan koordinierte er auf Mandatsbasis dessen Öffentlichkeitsarbeit. Jetzt endet auch diese Arbeit. Der 57-jährige Zanolari sagt Blocher und der Res publica adieu. Eine neue Aufgabe in der Privatwirtschaft ruft. In der Südostschweiz (nicht bei der Ems-Chemie).

Wie hat der langjährige Insider die kommunikative Aufrüstung der Bundesverwaltung erlebt? Zanolari legt die Stirn in Falten. Der Zuwachs an Informationsbeauftragten habe in einzelnen Departementen «un glaubliche Ausmass» angenommen, sagt er. Information sei wichtig, zumal die Bevölkerung transparent und sachlich – nicht schönfärberisch – über die Behördentätigkeit ins Bild gesetzt werden müsse. «Aber Information lässt sich nicht beliebig vermehren», mahnt Zanolari.

Neben dem informierenden Bundespersonal sind auch die Indiskretionen ins Kraut geschossen. Den diesbezüglichen Einfluss der Sonntagszeitungen bezeichnet Zanolari als markant. «Sie geben heute den Takt vor.» Weil die auf dem Latrineweg gestreuten Nachrichten aber stets ein selektives und nie vollständiges Bild zeichnen, seien sie nicht zuletzt für die Medien selber so markant: «Wer sich instrumentalisieren lässt, gefährdet seine Unabhängigkeit.»



Eine Medienkonferenz im Jahr 2007: Christoph Blocher, Livio Zanolari (Mitte) und Pius Caduff.

PETER KLAUNZER / KEYSTONE

Die ersten, die Indiskretionen abschwören müssten, wären die Journalisten, laut Zanolari (frommer) Wunsch.

Ein Unikat war Zanolari im Bundeshaus nicht deswegen, weil er den weiten Weg von der peripheren Talschaft Puschlav ins Zentrum der eidgenössischen Politik fand. Ungewöhnlich war, dass er sechs Bundesräten unterschiedlicher Couleur diente. 1997 trat er ins Aussenministerium ein, wo er zunächst namens der CVP-Magistrate Cotti und Deiss und anschliessend für die Sozialdemokratin Calmy-Rey parlierte. Im August 2003 wechselte er zur Christlichdemokratin Metzler ins Justizdepartement. Sie musste im Dezember 2003 gehen. SVP-Mann Blocher kam. Zanolari blieb. Die Kooperation mit Widmer-Schlumpf war ein kurzer Epilog.

Wie kann man sich als Sprecher von links bis rechts verbiegen? Livio Zanolari, der selber von 2000 bis 2006 für die CVP im Bündner Parlament sass, formuliert es so: «Ein Departementssprecher ist Verwaltungsangestellter, nicht

Politiker.» Er habe sich stets darauf beschränkt, Entscheide des jeweiligen Departements und des Bundesrats in die Öffentlichkeit zu transportieren. Und: «Politische Stellungnahmen können letztlich nur die Bundesräte selber abgeben.»

Gegen dieses Rollendenken lässt sich wenig einwenden. Wobei vor dem geistigen Auge des Schreibenden schon auch Informationsbeauftragte paradien, die sich in Bundesbern weniger als Informationsvermittler denn als Imagepolierer und Vernebelungskünstler profiliert haben. Demgegenüber warb der einstige Bundeshausjournalist Zanolari, der mit allen Landessprachen vertraut ist, für einen intensiven Dialog zwischen Bundesräten und Medienvertretern. «Die Mitglieder der Landesregierung müssen die Zusammenhänge der komplexen politischen Geschäfte vertieft erklären», lautet sein Ceterum censeo.

Apropos Sprachgewandtheit: Zanolari war, wie einst Vizekanzler Achille Casanova, ein Bannerträger der Italia-

nità im Bundeshaus. Der nationale Stellenwert seiner Muttersprache sei allerdings kümmerlich. «Faktisch ist Italienisch keine Arbeitssprache in Bern.»

In den letzten Jahren hat auch Livio Zanolari sein Rolle geändert. Er flankierte Christoph Blocher in dessen Bestreben, mitunter auch den früheren Bundesratskollegen auf die Füsse zu treten. Die Solidarität des Puschlavers mit dem gewesenen Justizminister ging so weit, dass er 2010 von der CVP zur SVP wechselte – weil diese Partei stärker als die anderen bürgerlichen Parteien auf Eigenverantwortung pochte, begründet Zanolari diesen Schwenk.

Sonst aber hält Zanolari Kurs. Wer glaubwürdig informieren will, streut keine Gerüchte. Anekdotisches oder gar Indiskretes zu den Magistratspersonen, die er im Bundeshaus begleitet hat, ist Zanolari nicht zu entlocken. Das stillt zwar den Appetit nicht, ist aber konsequent. Ohne diese Prinzipientreue hätte er es kaum auf einen Palmarès von sechs Bundesräten gebracht.

Schweiz und VAE auf Handgranaten-Suche

Gemeinsame Kommission gebildet

maa. · Die Schweiz will gemeinsam mit den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) abklären, ob bzw. auf welchem Weg Schweizer Handgranaten in die Hände syrischer Rebellen gelangten. Die beiden Staaten haben dazu eine gemeinsame Untersuchungskommission eingesetzt, die gemäss einer Mitteilung des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) am Dienstag ihre Arbeit aufgenommen hat.

Schweizer Medien hatten Anfang Monat Bilder von Handgranaten des Rüstungsherstellers Ruag gezeigt, die sich in den Händen syrischer Aufständischer befinden sollen. Laut Seco-Sprecherin Marie Avet ist noch nicht zweifelsfrei bestätigt, dass die Bilder tatsächlich in Syrien aufgenommen wurden. Hingegen sei gesichert, dass die Handgranaten aus einer Lieferung der Schweiz an die Streitkräfte der VAE aus dem Jahr 2003 stammen. Für die gelieferten 225 162 Handgranaten unterzeichnete das Land damals eine Nichtwiederausfuhr-Erklärung.

Die jetzt gebildete Untersuchungskommission besteht auf Schweizer Seite aus Vertretern des Seco und aus Spezialisten des VBS. Gemäss Avet reisten die Schweizer Kommissionsmitglieder diese Woche erstmals für Gespräche in die VAE. Weitere Angaben zur Arbeitsweise der Kommission kann das Seco derzeit allerdings nicht machen – auch nicht in Bezug auf die Frage, wie die Schweiz allfällige Angaben der VAE über die Verwendung der Handgranaten überprüfen könne.

Indes betont Avet, dass sich die Behörden der VAE in dem Fall bis anhin sehr kooperativ gezeigt hätten. «Die Initiative zur Einsetzung einer Kommission ist von den VAE ausgegangen», sagt Avet. Das Seco hat deshalb die provisorische Blockierung bereits bewilligter Kriegsmaterialexporte wieder aufgehoben. Weiter blockiert bleiben hingegen die noch hängigen Gesuche.

Aufatmen können nicht zuletzt die Pilatus-Flugzeugwerke in Stans. Bei ihnen hatten die VAE für über 500 Millionen Franken militärische Trainingsflugzeuge bestellt. Zwar sind diese bereits ausgeliefert, doch hat Pilatus noch zahlreiche vertragliche Verpflichtungen zu erfüllen. Die Flugzeuge schlugen sich auch in der Statistik nieder: Mit 30 Prozent der Ausfuhren waren die VAE 2011 das wichtigste Zielland schweizerischer Kriegsmaterialexporte.